

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

die Europäische Union fokussiert gegenwärtig in erster Linie wirtschafts- und sicherheitspolitische Fragen, was vor dem Hintergrund des außenpolitischen Drucks nachvollziehbar ist: eine zunehmend autokratische Regierung in den USA und ihre Zollpolitik, der andauernde Krieg Russlands gegen die Ukraine, die maßlosen israelischen Angriffe auf die Zivilbevölkerung in Gaza wie auf weitere Länder im arabischen Raum, um nur einige der derzeit drängendsten Entwicklungen zu nennen. Es scheint, als stünde die Europäische Union im Jahr 2025 wieder dort, wo sie sich bei ihrer Gründung als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft befand – nämlich bei aller Unterschiedlichkeit der Nationalstaaten den gemeinsamen Nenner eines europäischen Standpunktes und einer europäischen Politik zu formulieren, die Frieden, Demokratie und Wohlstand zum Ziel erklärt. Die mit dem Vertrag von Amsterdam als zweite Säule etablierte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hat bereits vor den aktuellen Krisen immer mehr an Relevanz gewonnen. Insofern ist noch offen, ob wir derzeit eine Verschiebung europäischer Politik beobachten oder ob nun ihr Kern deutlicher hervortritt. Aus einer feministischen Perspektive ist diese Entwicklung in mehrfacher Hinsicht problematisch. Die Rolle der Europäischen Union als – wenn auch stotternder – „Gleichstellungsmotor“ wird von einigen Mitgliedstaaten, insbesondere jenen mit Regierungsbeteiligung autoritärer Parteien, abgelehnt und in der Folge werden entsprechende Empfehlungen und Richtlinien nicht oder nur schleppend umgesetzt. Zusätzlich besteht die Gefahr, dass essentielle Gleichstellungspolitiken, Anti-Diskriminierungspolitiken und der Kampf um LGBTIQ+*-Rechte sowie reproduktive Rechte in der Europäischen Kommission, im Europäischen Parlament und in den einzelnen Ausschüssen grundsätzlich nicht mehr progressiv weiterentwickelt, sondern als zu vernachlässigende „Luxus“-Themen behandelt oder gar ganz in Frage gestellt werden. Die Beiträge im Schwerpunkt „Eine Union der Gleichheit?“, der von *Gabriele Abels* und *Petra Ahrens* herausgegeben wird, machen deutlich, dass sich durch das Erstarken rechtspopulistischer Parteien mit einer dezidiert anti-feministischen Agenda die Mehrheitsverhältnisse in Parlament und Kommission verschoben haben. Ob die aktuelle Kommission unter ihrer Präsidentin Ursula von der Leyen dennoch die in ihrer ersten Amtszeit von 2019 bis 2024 verfolgte Programmatik einer „Union der Gleichheit“ fortsetzen will und kann, ist ebenso Thema wie die Frage, welche konkreten Policies mit dieser Gleichheitsprogrammatik verbunden sind und welche Wirkungen sie für welche Gruppen bereits entfalten konnten. Im Forum analysieren *Sandra Brunsbach* und *Ines Weber* anhand der Ergebnisse ihrer empirischen Studie, wie stabil die in der deutschen Parteienlandschaft einmaligen Gleichstellungsprinzipien, insbesondere auch die konsequente Quotenpolitik,

von Bündnis 90/Die Grünen sind. Konkret beschäftigt sich der Beitrag mit den Einstellungen der zahlreichen Neumitglieder gegenüber der Geschlechterkultur ihrer Partei. Der Beitrag von *Johanna Gabert* greift ein Thema auf, das erst seit einigen Jahren eine gewisse (mediale) Öffentlichkeit erhält: die Menopause. Sie untersucht, wie im beruflichen Kontext Frauen in der Menopause mit den an sie gestellten Leistungserwartungen umgehen. Die qualitative Studie von *Dawina Müller, André Heinz* und *Marcel Pietsch* kommt zu dem Schluss, dass Sexarbeit in bestimmten Kontexten auch Elemente einer professionellen Care-Arbeit aufweist.

Die Rubrik Tagespolitik wird mit einem Interview von *Bontu Lucie Guschke* mit *Rea Eldem*, Expertin für Diversity, Equity und Inklusion eröffnet. Im Zentrum steht hier die Frage, wie sich der Abbau von Maßnahmen zur Vielfalt, Gerechtigkeit und Inklusion in den USA auf entsprechende Programme in Deutschland auswirkt. *Katharina Mosene* nimmt die Macht von IT-Unternehmen in den Blick und legt dar, dass deren Innovationen, wie z. B. KI-Programme, als Modelle der Zukunft verkauft werden, tatsächlich jedoch bestehende globale Ungleichheiten entlang von Geschlecht, ‚Race‘ und Klasse verschärfen. Die Macht der Tech-Oligarchen steht auch im Zentrum des Beitrages von *Marion Löffler*. Sie zeigt exemplarisch für die USA, wie bei einigen wenigen ‚Tech-Bros‘ Kapitalbesitz mit einer maskulinistischen Kultur verknüpft wird und sich dadurch eine neuartige Form hegemonialer Männlichkeit herausbildet, die den öffentlichen Diskurs kontrollieren und demokratische Institutionen zerstören will. *Maja Dimitra Kotsas* setzt sich in ihrem Beitrag mit dem institutionellen Rassismus bei der Polizei in Deutschland auseinander und veranschaulicht anhand verschiedener Fälle von Polizeigewalt, dass über Praktiken des Racial Profilings sowie die Kriminalisierung von bestimmten migrantischen Personengruppen Entscheidungen darüber getroffen werden, wer durch das staatliche Gewaltmonopol geschützt und wer dadurch gefährdet wird.

In der Rubrik Lehre und Forschung finden sich zwei Beiträge, die aus unterschiedlichen Perspektiven deutlich machen, dass Universitäten Orte für gelebte Demokratie im Sinne der Teilhabe aller sind, diese Teilhabe aber sichergestellt werden muss. So eröffnet der Beitrag von *Nina Krebs* und *Lisa Appiano* über die Kampagne u:respect an der Universität Wien eine Perspektive, wie eine höhere Sensibilisierung für Machtmissbrauch und Belästigungen erreicht werden kann, während *Demokrat Ramadani-Reka* einen Ansatz zur Demokratiebildung in der Hochschullehre vorstellt.

Besprechungen aktueller Bücher aus den feministischen Politik- und Sozialwissenschaften sind wie immer in der Rubrik Rezensionen zu finden.

Wir wünschen Ihnen und Euch eine anregende Lektüre!

Ihre/Eure Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

1/2026 Gleichstellungs- und Diversitätspolitiken in der Wissenschaft

2/2026 Theorien und Politiken der Zeit